

FRIEDEN UND SICHERHEIT

WENN DIE WAFFEN SPRECHEN

Ursachen, Auslöser und Folgen
des Bürgerkriegs in Libyen

Merin Abbass und Jannis Julien Grimm
Mai 2019



Der Vormarsch des ehemaligen Generals Khalifa Haftar auf den Sitz der international anerkannten Einheitsregierung (GNA) in Tripoli offenbart den begrenzten Erfolg der internationalen Vermittlungsbemühungen unter dem Dach der Vereinten Nationen.



Die Offensive scheiterte vorerst am Widerstand lokaler Milizen, doch besteht das Risiko langwieriger bewaffneter Auseinandersetzungen und einer Internationalisierung des Bürgerkriegs.



Zur Vermeidung eines weiteren regionalen Stellvertreterkrieges muss Europa sich auf einen gemeinsamen außenpolitischen Kurs verständigen und auf die Einstellung externer Unterstützung für die Konfliktparteien hinwirken.

Inhalt

Ein neues Kapitel im Bürgerkrieg	2
Ambitionierte Pläne und enttäuschte Erwartungen	2
Haftars Vormarsch auf die Hauptstadt	4
Eine Offensive mit offenem Ausgang	5
Sozio-politische Konsequenzen	6
Voraussetzungen für internationale Konfliktvermittlung	6

Seit Anfang April befindet sich Libyen erneut im Bürgerkrieg. Ausgelöst wurde der mittlerweile dritte bewaffnete Konflikt dieser Art seit dem Sturz von Muammar Al-Ghaddafi durch den Vormarsch des ehemaligen Militärgenerals und Kommandeurs der ost-libyschen Streitkräfte Khalifa Haftar, der am 3. April 2019 mit der Besetzung des Dorfs Gharyan 90 Kilometer südöstlich der Hauptstadt begann. Von hier aus rückten Haftars Truppen – eine Schicksalsgemeinschaft aus ehemaligen Offizieren des Ghaddafi-Regimes, lokalen Milizen, Söldnern aus dem Tschad und Sudan sowie salafistischen Kämpfern, die sich als »Libysche Nationale Armee« (LNA) bezeichnet – auf Tripoli vor. Für die internationale Gemeinschaft kam die Offensive, die erst durch die Gegenmobilisierung lokaler Milizen in den Vororten gestoppt werden konnte, als Überraschung. Dies verdeutlichte der Zeitpunkt von Haftars Marschbefehl auf Tripoli, der mit dem Besuch des VN-Generalsekretärs António Guterres in der Stadt zusammenfiel. Gleichwohl war Haftars Griff nach der Hauptstadt von Libyen-Expert_innen bereits seit geraumer Zeit prognostiziert worden.

EIN NEUES KAPITEL IM BÜRGERKRIEG

Seit der Februarrevolution 2011 und dem gewaltsamen Sturz von Muammar al-Ghaddafi befindet sich Libyen in einer Dauerkrise mit massiven Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Sicherheitslage sowie die humanitäre Situation der libyschen Bevölkerung. In ihrem Ursprung geht diese multiple Krise auf einen gescheiterten demokratischen Transformationsprozess zurück. Im Zuge des Arabischen Frühlings waren die Menschen vor acht Jahren auch in Libyen auf die Straße gegangen, um den »Revolutionsführer« Ghaddafi nach 42 Jahren an der Macht aus dem Amt zu treiben. Dieser schuf einen Präzedenzfall in der Region, als er daraufhin Panzer und Kampfbomber einsetzte, um die Proteste niederzuschlagen. Es folgten eine Militarisierung des Widerstands, blutige Kämpfe und ein erster Bürgerkrieg, der nur durch eine militärische Intervention der NATO im Rahmen der VN-Resolution 1973 aufseiten der Regierungsgegner_innen beendet werden konnte.

Mit dem Sturz des Regimes brachen indes eine Reihe von Konflikten zwischen einzelnen bewaffneten Gruppen mit Partikularinteressen auf. Einige verübten Racheakte gegen Stämme, die Ghaddafi bis dato gestützt hatten, und viele rüsteten sich mit Waffenbeständen des zerbrochenen Regimes für einen drohenden Verteilungskonflikt um Schmuggelrouten, die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft sowie die Kontrolle über die staatlichen Institutionen in der Post-Ghaddafi-Ära. Der im Oktober 2011 eingeleitete Übergangsprozess vermochte es weder, diese Rivalitäten zu klären oder in einen institutionellen Rahmen zu überführen, noch die konkurrierenden Milizen hinter einer neuen Zentralregierung zu vereinen. So fanden 2012 zwar die ersten freien Wahlen in der Geschichte des Landes statt, ihr Ergebnis spiegelte jedoch die politische Zersplitterung des Landes wider. Die unklaren Machtverhältnisse im neuen Übergangsparlament, dem Nationalkongress, schufen letztlich den Nährboden für neue politische Konfrontationen, die 2014 in den zweiten libyschen Bürgerkrieg münden sollten.

Formal hatte die säkulare Allianz der Nationalen Kräfte (ANK) die Wahl zum Übergangsparlament zwar als stärkste Partei für sich entschieden, der konkurrierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufbau, die im März 2012 gegründet worden war und der ägyptischen Muslimbruderschaft nahesteht, war es im Nachgang der Wahlen jedoch gelungen, innerhalb des neuen Nationalkongresses eine parlamentarische Mehrheit gegen die ANK zu bilden. Deren Übergangsregierung wurde in den darauffolgenden Parlamentswahlen, die gemäß des Fahrplans für die politische Transition im Juni 2014 stattfanden, wieder abgewählt. Diese Niederlage akzeptierte sie jedoch nicht. Mit Unterstützung des heterogenen, aber islamistisch dominierten Milizenbündnisses »Morgenröte Libyens« übernahm sie die Kontrolle über Tripoli, setzte den abgewählten Nationalkongress wieder ein und verdrängte die neu gewählte Regierung nach Tobruk, in den Osten des Landes. Die hieraus resultierende institutionelle Spaltung Libyens in zwei Landesteile mit zwei konkurrierenden Regierungen wurde durch den darauffolgenden Bürgerkrieg zementiert. Obgleich eine Vielzahl weiterer Gruppen in den Jahren 2014 und 2015 an Kampfhandlungen beteiligt waren – darunter lokale Stadtmilizen, dschihadistische Gruppen wie der örtliche Ableger des sogenannten Islamischen Staates, die mittlerweile aufgelösten Ansar Scharia sowie externe nationalstaatliche Akteure – und einige dieser Konfliktparteien bis heute beträchtliche Gebiete des Landes kontrollieren, ist die internationale Wahrnehmung der libyschen Krise seitdem vor allem durch diese dichotome Konfliktkonstellation bestimmt.

Vor diesem Hintergrund zielten auch internationale Vermittlungsbemühungen primär darauf ab, die institutionelle Polarisierung zu überbrücken. Als internationale Verhandlungspartner dienten trotz geringer Repräsentativität im Westen des Landes der Nationalkongress und im Osten das Abgeordnetenhaus (HoR). Unter der Ägide des spanischen Diplomaten Bernardino Leóns sowie ab November 2015 des deutschen Diplomaten Martin Kobler bemühten sich vor allem die Vereinten Nationen um ein Abkommen zwischen beiden Lagern zur Überwindung der institutionellen Krise. Mit VN-Unterstützung konnte im Dezember 2015 in Marokko vorerst eine politische Einigung erzielt werden: Das sogenannte Abkommen von Skhirat sah die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit (*Government of National Accord*, GNA) vor, deren Mandat darin bestand, innerhalb einer zweijährigen Übergangsfrist den libyschen Staatsapparat und seine Regierungsinstitutionen neu aufzubauen und landesweite Parlaments- und Präsidentenwahlen vorzubereiten. Den Vorsitz der Übergangsregierung übernahm im März 2016 der Geschäftsmann Fayez Al-Sarraj als neuer Ministerpräsident und zugleich Präsident des mit Vertreter_innen beider Lager besetzten Präsidialrats.

AMBITIONIERTER PLÄNE UND ENTtäUSCHTE ERWARTUNGEN

Trotz ihrer internationalen Anerkennung als legitime Vertretung des libyschen Volkes und der Unterstützung durch die *United Nations Support Mission in Libya* (UNSMIL) konnte die GNA ihre Zielvorgaben indes nicht erreichen. Bereits zu Be-

ginn ihrer Amtszeit überwog die Skepsis gegenüber ihrer Arbeit und allgemein gegenüber den Erfolgchancen des VN-Plans.¹ Viele Libyer_innen empfanden den Übergangsprozess als zu stark fremdbestimmt und zu hastig implementiert. Verschiedene kritische Punkte, die seit Beginn der Verhandlungen offen geblieben waren, wurden auch durch den VN-Fahrplan nicht gelöst. Hierzu zählte einerseits die Aushandlung verlässlicher Sicherheitsarrangements mit zahlreichen bewaffneten Milizen im Land, andererseits auch eine Klärung der Rolle des selbst ernannten Feldmarschalls Khalifa Haftar in der zukünftigen politischen Landschaft.

Wie kein anderer spaltete der 76-jährige General bereits zu diesem Zeitpunkt das Land. Der ehemalige Militärführer und Weggefährte Ghaddafis ist eine feste Größe innerhalb der libyschen Konfliktlandschaft. Er war schon 1969 als junger Offiziersanwärter am Militärputsch gegen die Monarchie von König Idris beteiligt und stieg anschließend innerhalb von Ghaddafis Streitkräften steil zum Kommandeur der libyschen Interventionstruppen im Tschad 1987 auf. Im Zuge des gescheiterten Feldzugs im Nachbarland fiel Haftar beim Revolutionsführer jedoch in Ungnade, geriet in Kriegsgefangenschaft und setzte sich mithilfe von US-Unterstützung ins Exil ab. Erst 2011 kehrte er während der sogenannten »Revolution des 17. Februar« nach Libyen zurück, um den Aufstand gegen den Diktator zu unterstützen. Während des blutigen Bürgerkriegs, der erst mit dem Sturz und der Ermordung Ghaddafis im Oktober 2011 endete, kommandierte er von der Ostprovinz Cyrenaica aus den Teil der libyschen Bodentruppen, der sich vom Regime losgesagt hatte. Anfänglich nur der dritte Mann innerhalb der Revolutionsbrigaden stieg Haftar im Zuge des Übergangsprozesses nach Ghaddafis Sturz zum neuen Oberbefehlshaber der libyschen nationalen Streitkräfte auf.

Als solcher stellte er sich 2014 hinter das neu gewählte Parlament und somit gegen den islamistisch dominierten Nationalkongress und die Milizen der »Morgenröte Libyens«. Mit dem Ziel, diese Allianz aus Tripoli zu vertreiben, rief er die »Libysche Nationale Armee« (LNA) sowie im selben Jahr die »Operation Würde« ins Leben, die sich dem Kampf gegen alle islamistischen Kräfte und insbesondere die Ableger der Muslimbruderschaft im Land verschrieben. Während ihn in Tripoli daher viele als größtes Hindernis im Übergangsprozess zu einer partizipativen Ordnung betrachten, wurde Haftar im Osten des Landes bereits damals zum Held im Kampf gegen den Terrorismus stilisiert. Aufgrund seiner militärischen Erfolge im darauffolgenden zweiten libyschen Bürgerkrieg berief ihn das Repräsentantenhaus in Tobruk im März 2015 auch zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte Libyens. Seitdem stellt Haftar von seiner Bastion im Osten des Landes zunehmend Alleinherrschaftsansprüche. Im Zuge eines erfolgreichen Feldzugs gegen dschihadistische Gruppen in den Folgejahren wuchs seine militärische Macht ebenso wie sein

Prestige als neuer »starker Mann«, der Libyen stabilisieren könnte. Dieser Einflussgewinn ging indes zulasten des Tobruker Abgeordnetenhauses, das heute de facto in der Hand des Generals ist.

Vor diesem Hintergrund befürworteten die Tobruk-Regierung und deren Vertreter_innen im Präsidentschaftsrat im Zuge des Skhirat-Abkommens auch die Einsetzung des Generals zum Oberbefehlshaber über die gesamten libyschen Streitkräfte, während sich Vertreter_innen des Westens dagegen stemmten. Dieser umstrittene Punkt konnte – trotz Verhandlungen und zahlreicher Gipfeltreffen – bisher nicht gelöst werden. Dies beschädigte den ursprünglichen Versöhnungsplan und bewirkte einen massiven Ansehens- und Vertrauensverlust.

Mit dem Ziel, verlorene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und UNSMIL als Mediator zu rehabilitieren, löste der Libanese Ghassan Salamé den deutschen Diplomaten Martin Kobler im Juni 2017 als VN-Sondergesandten ab. Um den Transitionsplan zu retten, versprach Salamé, umstrittene Punkte mit beiden Parlamenten nachzuverhandeln, doch auch ihm gelang es letztlich nicht, die beiden Konfliktparteien zu Kompromissen zu bewegen. Vor diesem Hintergrund ließ Salamé im Frühjahr 2018 letztlich von der Revision des Skhirat-Abkommens ab und räumte stattdessen baldigen Neuwahlen Priorität ein.

Verantwortlich für das Scheitern des ursprünglichen Plans war zum einen das fehlende Eigeninteresse der relevanten Konfliktakteure an einer friedlichen Beilegung der institutionellen Krise.² Eine Rückkehr zum VN-Fahrplan hätte die Verabschiedung einer neuen Verfassung und Parlamentswahlen impliziert. Für die konkurrierenden Parlamente hätte dies de facto die Beschränkung der eigenen Kompetenzen oder sogar die Auflösung der eigenen Institution bedeutet.

Zum anderen wurde der internationale Vermittlungsprozess unter der Ägide der VN während Salamés Amtszeit wiederholt von unilateralen Initiativen Dritter untergraben. An erster Stelle ist hier die Parteinahme Ägyptens, Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) für Haftar zu nennen, die sich in militärischer Luftunterstützung und Waffenlieferungen für die LNA niederschlug und dadurch die Kompromissbereitschaft der ostlibyschen Regierung dämpfte. Neben gemeinsamen geostrategischen Interessen eint die drei Akteure vor allem ihre gemeinsame Feindschaft mit der Muslimbruderschaft: Abdel-Fattah Al-Sisi kam in Ägypten 2013 durch einen Militärputsch gegen den gewählten damaligen Präsidenten Mohammed Mursi an die Macht, der aus den Reihen der Muslimbrüder stammt. Brutale Repressionen gegen Mitglieder der Bewegung, die zur terroristischen Organisation erklärt wurde, ebneten seiner autoritären Restauration den Weg.³ In Saudi-Arabien wiederum repräsentiert die sozial-reformistische

¹ International Crisis Group (2016): *The Libyan Political Agreement: Time for a Reset*. Middle East and North Africa Report Nr. 140. Brüssel: ICG; <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/north-africa/libya/libyan-political-agreement-time-reset> (aufgerufen am 25.4.2019).

² Vgl. Asseburg, Muriel / Lacher, Wolfram / Transfeld, Mareike (2018): *Mission Impossible? UN-Vermittlung in Libyen, Syrien und dem Jemen*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik; <https://www.swp-berlin.org/publikation/mission-impossible-un-vermittlung-in-libyen-syrien-und-dem-jemen/> (aufgerufen am 25.4.2019).

³ Grimm, Jannis (2013): *Militärputsch in Ägypten: In Nassers Fußstapfen* (4.9.2013); <https://www.alsharq.de/blog/militaerputsch-aegypten-nassers-fussstapfen> (aufgerufen am 25.4.2019).

Agenda der Bruderschaft eine Bedrohung für die ultrakonservative wahhabitische Staatsideologie, auf die sich das saudische Königshaus stützt. Das emiratische Herrscherhaus fürchtet die islamistische Opposition dagegen gerade, weil es selbst über keine religiöse Legitimationsgrundlage verfügt, die seine Vormachtstellung gegenüber einer islamistischen Opposition absichern könnte.⁴ Haftar's erklärtes Ziel, Libyen von islamistischen Kräften zu säubern, machte ihn vor diesem Hintergrund zum willkommenen Verbündeten für die drei Regierungen. Einen Gegenpol zu dieser Allianz bilden währenddessen Katar und die Türkei, die – wie auch in anderen Ländern der Region – Verbindungen zu den lokalen Ablegern der Muslimbruderschaft unterhalten und in Libyen enge Kontakte zur Partei für Gerechtigkeit und Aufbau pflegen.

Doch auch europäische Staaten unternahmen trotz des Lippenbekenntnisses zum VN-Prozess bisweilen zweifelhafte Alleingänge. Ohne sich mit UNSMIL abzustimmen, lud etwa der französische Präsident Emmanuel Macron im Juli 2017 und Mai 2018 sowohl Präsident Sarraj als Vertreter der GNA als auch General Haftar als Vertreter der Regierung im Osten zu Gesprächen nach Paris. Letzterer wurde hierdurch symbolisch zum legitimen Gegenpart von Sarraj aufgewertet. Am zweiten Treffen nahmen mit Agila Saleh, dem Präsidenten des HoR in Tobruk, und Khaled Mishri, dem Vorsitzenden des hohen Staatsrats in Tripoli, jeweils ein weiterer Vertreter der beiden konkurrierenden Lager teil. Das Ziel der französischen Initiative war es, vier der wichtigsten politischen Akteure in Libyen dazu zu verpflichten, Neuwahlen zu organisieren, einen neuen Verfassungsentwurf zu erarbeiten und die Handlungsautonomie und Unabhängigkeit der libyschen Finanzinstitutionen von den rivalisierenden Fraktionen wiederherzustellen. Darüber hinaus sollten sie eine Reintegration der zersplitterten libyschen Streitkräfte in eine gemeinsame Armee vorbereiten. Der verabschiedete Zehn-Punkte-Plan scheiterte an seinen hohen Ambitionen. Zum einen war die Umsetzungsfrist bis Ende 2018 zu knapp angesetzt, zum anderen fehlte es weiterhin an der Bereitschaft der Beteiligten zu nennenswerten Zugeständnissen.

Angesichts der innereuropäischen Konkurrenz um die außenpolitische Führungsrolle im Umgang mit Libyen sah sich nach dem Pariser Gipfel auch die italienische Regierung dazu veranlasst, ihrerseits einen Gipfel zu organisieren. In Anwesenheit von Vertreter_innen von EU, AU, VN und der libyschen Nachbarländer traf sich das Pariser Quartett diesmal im November 2018 in Palermo. Die Abschlusserklärung der Konferenz unterstrich erneut die Notwendigkeit von Wahlen im Frühjahr 2019 sowie die Einhaltung des VN-Plans. Haftar's Boykott aller Gespräche über politisch-institutionelle Arrangements nahm jedoch bereits während des Gipfels das Scheitern dieser Abmachung vorweg.

HAFTARS VORMARSCH AUF DIE HAUPTSTADT

Welche geringe Bedeutung der General den internationalen Vermittlungen noch beimaß, belegte auch der Zeitpunkt seiner jüngsten Offensive: Diese begann ganz bewusst nur wenige Tage vor einer nationalen Konferenz, die Salamé als erstes Zusammenkommen aller Stakeholder des Konflikts auf libyschem Boden für Mitte April angesetzt hatte. Diese »Nationale Konferenz« in Ghadames sollte die kommenden Wahlen und die Verabschiedung der neuen Verfassung vorbereiten. Im Vorfeld hatten fast 80 lokale Konsultationstreffen mit libyschen Bürger_innen in allen Landesteilen stattgefunden, um der Konferenz zusätzliche Legitimation zu verschaffen. Die Erwartungen an diesen breit angelegten Beratungsprozess waren indes bis zum Ende ebenso offen wie das Ziel der Konferenz selbst, die weder gesetzgebende Funktionen haben noch die bestehenden Institutionen ersetzen sollte. Zudem verfügte der Kongress nicht über die notwendigen Instrumente, um die Implementierung seiner Ergebnisse zu garantieren. Mangels Alternativen hielt UNSMIL dennoch am Nationalkongress fest. Viele Libyer_innen sahen darin die letzte Chance, einen drohenden Krieg zu vermeiden.

Die Schlacht um Tripoli begrub diese Hoffnungen. Das anfängliche Ziel des Generals mag es gewesen sein, im Vorfeld der Konferenz durch einen Überraschungsangriff zusätzliche Verhandlungsmasse aufzubauen. Vorstellbar ist auch, dass Haftar's ursprüngliche Bereitschaft zur Teilnahme an der Konferenz von vornherein lediglich dem Zeitgewinn diene. Tatsächlich waren seine machtpolitischen Ambitionen lange bekannt. Auch deuteten frühere, unangekündigte militärische Operationen sowie der graduelle, aber stetige Vormarsch seiner Truppen Richtung Westen nicht darauf hin, dass der General an einer politischen Lösung interessiert war.

In jedem Fall begrub die Offensive die Perspektiven für eine baldige friedliche Zusammenkunft der konkurrierenden Fraktionen. Ursprünglich sah Haftar's Plan wohl vor, mit einer kleinen schlagkräftigen Einheit tief in das Herz von Tripoli vorzustoßen und so neue Fakten zu schaffen.⁵ Jedoch ging er dabei fälschlicherweise davon aus, dass seine Truppen nur auf geringen Widerstand stoßen würden. Angesichts der Fragmentierung der in der Hauptstadt ansässigen und miteinander konkurrierenden Milizen war eine rasche Gegenmobilisierung nicht zu erwarten. Zudem sah er die Chance, dass lokale bewaffnete Gruppen und beträchtliche Teile der Sicherheitskräfte in der Hauptstadt bei einem symbolischen Vorrücken der LNA nach Tripoli zu dieser überlaufen würden. Ein schneller Waffenstillstand mit neuen Frontlinien hätte schließlich die Vormachtstellung des Generals beim Nationalkongress zementiert.

Statt Überritten und Aufsplitterungen bewirkte Haftar's Offensive jedoch unerwartete Allianzbildungsprozesse zwischen

⁴ Sailer, Matthias (2018): Sicherheit über alles. Regionalpolitik Saudi-Arabiens und der VAE, in: *Quantara* (14.2.2018) <https://de.quantara.de/inhalt/regionalpolitik-saudi-arabiens-und-der-vae-sicherheit-ueber-alles> (aufgerufen am 25.4.2019); sowie Lacher, Wolfram (2019): Think Libya's warring factions are only in it for the money? Think again, in: *The Washington Post: Monkey Cage* (10.4.2019).

⁵ Lacher, Wolfram (2019): Think Libya's warring factions are only in it for the money? Think again, in: *The Washington Post: Monkey Cage* (10.4.2019); <https://www.washingtonpost.com/politics/2019/04/10/think-libyas-warring-factions-are-only-it-money-think-again/> (aufgerufen am 25.4.2019).

vormals zerstrittenen Milizen zur Verteidigung der Hauptstadt. Nachdem Haftars Truppen auf dem Weg vom Süden zunächst Unterstützung durch bewaffnete Stammesverbände von Bani Walid und Tarhouna erfuhren, schlossen sich nahezu alle großen tripolitanischen Milizen, aber auch Kampfverbände aus Misrata, Zintan und Zawiya, mit der GNA und gegen die LNA zusammen. Ihre Gegenoffensive unter dem Codenamen »Vulkan des Zorns« verzeichnete seitdem stetig Erfolge. Sowohl in Tripoli als auch in anderen Landesteilen befindet sich die LNA auf dem Rückzug oder kämpft erbittert darum, ihre Stellungen zu halten – mit steigenden Opferzahlen auf beiden Seiten.

Haftars Plan stellt sich somit zunehmend als Fehlkalkulation heraus. Seine Siegesgewissheit war die Folge einer aggressiven, gleichwohl erfolgreichen Expansionspolitik der LNA. Nachdem Haftar in der Ostprovinz Cyrenaica zunächst ein autoritäres Militärregime errichtet hatte, brachte er im vergangenen Jahr den Fezzan, den Süden Libyens, unter seine Kontrolle. Durch den Vormarsch der LNA wuchs das Selbstbewusstsein des Generals, und die Hauptstadt rückte in greifbare Nähe. Bestärkt wurde er in seinem Handeln zudem durch das verhaltene internationale Echo. So reichten die Reaktionen auf Haftars Unterwanderung der laufenden Vermittlungsbemühungen lange Zeit von notgedrungener Toleranz (solange er nicht die Migrationsbekämpfung beeinträchtigte) über vorsichtige Kritik (jedoch an allen an Kampfhandlungen beteiligten Parteien) bis hin zu offener Unterstützung durch Akteure wie Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Frankreich, die in Haftar einen starken Partner im Kampf gegen islamistischen Extremismus sahen. Schließlich führte dieser bereits seit Sommer 2014 mit einer Armee aus ehemaligen Militärs und Stammeseinheiten einen erfolgreichen Feldzug gegen islamistische Kräfte im Land. So hatte Haftar in der »Operation Würde« im Frühjahr 2016 zuerst die Küstenstadt Derna, zum Jahresende dann auch die Hafenstadt Sirte von Kämpfern des Islamischen Staates zurückerobert. Im Spätsommer 2017 befreite die LNA auch Benghazi von der islamistischen Miliz Ansar al-Scharia. Unterstützt wurde sie dabei von französischen Spezialkräften.

Im Anschluss stieß die LNA auch ins Zentrum des Landes, nach Jufra, vor. Von hier aus setzte sie ihren Marsch nach Süden fort und übernahm dort Anfang 2019 die größten Städte Sabha und Ubari, samt der zwei größten Ölfelder des Landes. Für Haftar bedeutete die Eroberung des Fezzan, der von der GNA lange vernachlässigt worden war, massive territoriale Zugewinne. Diese versetzten ihn logistisch in die Lage, seinen Marsch gen Norden fortzuführen. Das vorgebliche Ziel der Operation »Murzuq Basin« war es aber, Kriminelle und die Schmugglerwirtschaft im Süden Libyens zu bekämpfen. Dieses Ziel wurde logistisch auch von Militärberater_innen europäischer Staaten unterstützt. Insbesondere Italien und Frankreich verband dabei ausnahmsweise ein gemeinsames Interesse. So diente die Sicherung der Südgrenze der Kontrolle der Migrationsrouten aus Subsahara-Afrika. Zudem unterstützte die Eindämmung des Waffenschmuggels indirekt die Terrorismusbekämpfung in der Sahelzone, wo Frankreich seit 2014 operiert.

Vor diesem Hintergrund rechtfertigte Haftar auch seinen jüngsten Vormarsch als Operation zur Bekämpfung terroristi-

scher Gruppen, die Tripoli in Geiselhaft halten würden. Spätestens mit dem Beschuss von Wohngebieten in den Vororten von Tripoli und der Bombardierung ziviler Infrastruktur, wie des Flughafens Mitiga, mit Ghrad-Raketen hat diese Darstellung jedoch ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt.

EINE OFFENSIVE MIT OFFENEM AUSGANG

Überdies hat die Eskalation der Kampfhandlungen politische Implikationen. Zunächst musste der VN-Sondergesandte die für den 14.–16. April angesetzte »Nationale Konferenz« aufgrund der Entwicklungen vorerst verschieben. Unter den gegebenen Umständen ist jedoch fraglich, ob er zu einem späteren Zeitpunkt überhaupt stattfinden wird. So wurde durch Haftars doppeltes Spiel nicht nur der letzte Rest an Vertrauen in die Verbindlichkeit von beidseitigen Abmachungen zerstört, sondern eine Wiederaufnahme von Verhandlungen im vorherigen Format ist auch aufgrund der veränderten Kräfteverhältnisse unwahrscheinlich. Mit dem Scheitern der »Befreiung von Tripoli« hat sich die militärische Ausgangssituation massiv verschoben. Vor allem bei der GNA und ihren Verbündeten, die sich militärisch im Aufwind sehen, dürfte ein geringes Interesse an einer Rückkehr zum Verhandlungstisch bestehen. Ein Regierungssprecher machte bereits deutlich, dass die GNA neue Vorbedingungen für eine Wiederaufnahme von Gesprächen stellen würde. Für sie geht es mittlerweile nicht mehr nur darum, den Vormarsch der LNA zu stoppen, sondern auch um die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete im Süden und Südosten.

Nicht zuletzt haben sich die Auseinandersetzungen mittlerweile zu einem persönlichen Konflikt zwischen GNA-Präsident Sarraj und General Haftar entwickelt. Für Letzteren steht mehr auf dem Spiel als sein Nimbus als unbesiegbare Feldherr. Bereits jetzt gibt es Bevölkerungsgruppen wie die Tebu im Osten, die sich gegen seinen Alleinherrschaftsanspruch stellen. Bei einer Niederlage dürften derartige interne Fliehkräfte in Cyrenaica weiter zunehmen, da sich Haftar nicht länger erfolgreich als starker Mann verkaufen könnte. Haftar kämpft in Tripoli somit auch um sein politisches Überleben.

Welches der beiden Lager länger durchhalten wird, ist schwer zu prognostizieren. Es ist anzunehmen, dass die Milizen in Tripoli von einem längeren Konflikt profitieren könnten, da sie in vertrauter Umgebung kämpfen. Für die LNA wäre ein anhaltender Krieg dagegen allein aufgrund der langen Nachschubrouten eine große logistische Herausforderung. Bereits jetzt hat sie Schwierigkeiten, ihre geschätzten 1.000 Einheiten an der Front mit Nahrung und Munition zu versorgen. Zudem sind viele LNA-Kämpfer kriegsmüde und durch die unerwartet hohen Verluste demotiviert. Hierauf deuten sowohl die Kapitulation und Gefangennahme ganzer LNA-Brigaden als auch Berichte über zunehmende Desertationen hin. Die Tatsache, dass Söldner aus Tschad und Sudan auf Haftars Seite mitkämpfen, zeigt überdies, dass die LNA kaum genügend Kämpfer rekrutieren kann. Zudem weist das graduelle Vorrücken von Ost nach West auf die beschränkten Kapazitäten der LNA hin, einen langwierigen Mehrfrontenkrieg zu führen.

Der »Westen« hat sein Reservoir an Kämpfern dagegen noch nicht ausgeschöpft: Bislang haben sich weder der Großteil der Brigaden aus Misrata noch die Kampfverbände der Amazigh-Städte, die sogenannten »Motaharaka«, der »Operation Vulkan« angeschlossen. Allerdings birgt die große Heterogenität der Anti-Haftar-Allianz auch Risiken. So besteht die Gefahr, dass die Interessen der derzeit geeinten westlichen Milizen während des andauernden Konfliktes zunehmend auseinanderdriften. Die Gefechte in Tripoli im September 2018, die nur durch Intervention und Vermittlung der Vereinten Nationen beigelegt werden konnten, verdeutlichen, wie fragil das »Milizenkartell« in der Hauptstadt bereits vor dem Krieg war.⁶ Ein Zusammenbruch der Allianz wird daher wahrscheinlicher, je länger der Krieg andauert. Vor diesem Hintergrund bleibt zu befürchten, dass beide Konfliktparteien »alles an die Front werfen«, um das Ruder im Konflikt doch noch kurzfristig herumzureißen. Hierauf deutete zuletzt der Einsatz von immer schwereren Waffen auf beiden Seiten hin.

SOZIO-POLITISCHE KONSEQUENZEN

Die sozio-politischen Konsequenzen dieser Eskalation sind bereits jetzt spürbar. Auf der politischen Ebene verhindert die Rückkehr zu Gewalt als primärem Durchsetzungsmittel die politische Partizipation der libyschen Zivilbevölkerung. Neben dem geplanten Nationalkongress mussten bereits vier geplante Kommunalwahlen aufgrund der Sicherheitslage verschoben werden. Andere fanden unter schwierigen Umständen statt, wurden aber stark von den Unruhen beeinflusst. Der aktuelle Konflikt befeuert die Fragmentierung der libyschen Gesellschaft. Es besteht die begründete Sorge, dass hierdurch die Fortschritte auf dem Gebiet der Aussöhnung und des friedlichen Miteinanderseins, die auch durch internationales Engagement erzielt werden konnten, zunichte gemacht werden.

Gravierender sind darüber hinaus die sozialen Folgen des Konflikts. Neben den indirekten negativen Auswirkungen wie Schulausfall, der Verknappung von Benzin und Lebensmitteln oder der Unterbrechung der Strom- und Wasserversorgung sind immer mehr Libyer_innen auch direkt von den Kampfhandlungen betroffen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzte die Zahl derer, die ihre Häuser verlassen mussten und zu Binnenflüchtlingen wurden, bereits nach drei Wochen auf über 35.000 Menschen.⁷ Dutzende Zivilist_innen wurden durch Querschläger oder Streubeschuss getötet oder verwundet. Besonders gefährdet sind zudem die tausenden Geflüchteten, die in den umkämpften Gebieten in der Umgebung von Tripoli untergebracht sind. In den von Milizen kontrollierten Gefangenenlagern waren sie bereits in der

Vergangenheit vielfach Folter und Missbrauch ausgesetzt. Berichte aus den Lagern deuten ferner darauf hin, dass diese Geflüchteten während der jüngsten Kämpfe mehrfach als menschliche Schutzschilde missbraucht wurden oder dazu gezwungen wurden, die Kampfhandlungen durch das Laden von Waffen und Munition logistisch zu unterstützen.⁸

VORAUSSETZUNGEN FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTVERMITTLUNG

Angesichts der Missstände verlieren viele Libyer_innen das Vertrauen in demokratische Prozesse. Der Wunsch nach Stabilität überwiegt – egal wie und durch wen. Die verhärteten Positionen zwischen beiden Lagern bedeuten nicht, dass die Konfliktparteien nie wieder verhandeln würden. Die Frage ist eher, wann und unter welchen Bedingungen. Die internationale Gemeinschaft steckt somit vor einem Dilemma: Obgleich alle an einer Stabilität Libyens interessiert sind, fehlen einerseits die Anreize, um beide Konfliktparteien zurück an den Verhandlungstisch zu bewegen, andererseits ist unklar, welche internationalen Akteure überhaupt noch in der Lage sind, als Mediatoren in Libyen zu fungieren.

Die Vereinten Nationen sind mit ihrem Übergangsplan in einer Sackgasse angekommen. Ihre Glaubwürdigkeit hat in den vergangenen Wochen weiter gelitten. So nahmen es dem Generalsekretär zunächst viele im Westen Libyens übel, dass er zu Gesprächen mit Haftar nach Bengasi flog, obwohl dieser mit seinem Angriff auf die Hauptstadt am Vortag den VN-Plan bereits obsolet gemacht hatte. Zudem irritierte viele westlibysche Akteure die halbherzige Verurteilung der LNA Offensive durch die Vereinten Nationen. Deren Aufruf zur Mäßigung an alle Lager schien einem gängigen Muster zu folgen, wonach militärische Vorstöße und Gebietszugewinne der LNA im Westen durch die internationale Staatengemeinschaft entweder relativiert oder stillschweigend toleriert wurden.

Auch die Europäische Union kann in der jetzigen Konfliktsituation kaum als unabhängiger Vermittler auftreten. Aufgrund interner Differenzen zwischen Frankreich und Italien ist sie bezüglich Libyen gespalten: Während Italien Libyen vor allem als Bollwerk gegen irreguläre Migration wahrnimmt und eine Beeinträchtigung der Ölproduktion in Westlibyen verhindern möchte, ist Frankreich hauptsächlich an der Terrorismusbekämpfung interessiert. Die unterschiedlichen Prioritäten schlagen sich auch in der Partnerwahl nieder.⁹ Vor diesem Hintergrund können bilaterale Verhandlungsinitiativen beider Staaten gegenwärtig kontraproduktiv oder sogar konfliktverschärfend wirken. Der innerhalb der EU dominierende Interessenkonflikt zwischen den beiden Mittelmeeranrainern in der libyschen Nachbarschaft erschwert die Formulierung ei-

6 Lacher, Wolfram (2018): *Das Milizenkartell von Tripolis. Oberflächliche Stabilisierung birgt die Gefahr neuer Konflikte*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik; <https://www.swp-berlin.org/publikation/libyen-das-milizenkartell-von-tripolis/> (aufgerufen am 26.4.2019).

7 Médecins Sans Frontières (2019): *Libya: Brutal shooting of detainees shows need for immediate evacuation of migrants and refugees*, in: *Reliefweb* (25.4.2019); <https://reliefweb.int/report/libya/libya-brutal-shooting-detainees-shows-need-immediate-evacuation-migrants-and-refugees> (aufgerufen am 26.4.2019).

8 Hayden, Sally (2019): *Eingesperrt, geschunden und in den Krieg getrieben*, in: *Zeit Online* (18.4.2019); <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-04/libyen-tripolis-kaempfe-migration-europa-fluechtlinge-gefangenenlager> (aufgerufen am 26.4.2019).

9 Italien kooperiert bei der Migrationsbekämpfung vor allem mit GNA-affilierten Milizen, Frankreich bei der Terrorbekämpfung hingegen mit Haftar.

nes gemeinsamen europäischen Standpunktes. Er hindert zudem andere europäischen Akteure am Einsatz für eine wertorientiertere Außenpolitik in Libyen.

Ein internationaler Einsatz für eine Verhandlungslösung kann erst dann Vertrauen schaffen, wenn die internationale Gemeinschaft – allen voran Europa – im Umgang mit Libyen wieder an einem Strang zieht. Konkret heißt dies für die rivalisierenden EU-Mitgliedstaaten Frankreich und Italien, den offensichtlichen Widerspruch zwischen ihrem multilateralen Agieren im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer interessengeleiteten nationalen Außenpolitik aufzulösen und auf bilaterale Initiativen zu verzichten. Deutschland kann hier eine aktivere Vermittlungsrolle zwischen seinen europäischen Partnern spielen. Dabei muss dringend darauf hingewirkt werden, dass politische, finanzielle und militärische Unterstützung in Libyen künftig weder indirekt kriminelle oder kartellartige Strukturen fördert noch Akteuren zuteilwird, die offensichtlich nach einer autokratischen Staatsordnung streben.

Kurzfristig wird ein solches Umlenken wohl kaum zu erreichen sein. Vielmehr wird der laufende Konflikt realistischere militärisch entschieden werden. Vor diesem Hintergrund sollte Europa *jetzt* darauf hinwirken, dass die Kampfhandlungen durch externe Interventionen von Regionalmächten nicht weiter verlängert werden. Die Schwäche der VN und die Uneinigkeit der europäischen Staaten haben deren Einmischung in Libyen überhaupt erst ermöglicht. Eine weitere Internationalisierung des Krieges zeichnet sich aber bereits ab. Ende April nahmen nächtliche Luftangriffe und Raketenbeschuss zu – ein Indiz, dass Konfliktparteien in immer größerem Maße auch technologische Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Um zu verhindern, dass Libyen nach Syrien und dem Jemen zu einem weiteren Austragungsort für regionale Stellvertreterkriege wird, ist außenpolitischer Druck auf regionale Akteure wie Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Katar nötig, welche die einzelnen Konfliktparteien zunehmend offensiv logistisch und militärisch unterstützen. Da für beide Kontrahenten viel auf dem Spiel steht, bleibt andernfalls zu befürchten, dass die Konfliktparteien erst dann wieder Gesprächsbereitschaft zeigen werden, wenn eine Seite besiegt ist oder die beiderseitigen Kosten einer Weiterführung der Kampfhandlungen die potenziellen Gewinne übersteigen.

Sicher ist bereits jetzt, dass die Karten durch den Bürgerkrieg neu gemischt werden. In einem Post-Kriegsszenario werden neue Akteure eine politische Rolle spielen: Die Milizen, die ihre Brigaden gegen oder für Haftar mobilisierten, werden ihre Waffen auch nach einem Sieg vermutlich nicht ohne Weiteres niederlegen. Auch die GNA wird auf lange Sicht kaum in der Lage sein, die Kontrolle über alle mobilisierten Kräfte zu behalten. Künftige Verhandlungsformate müssen diese Tatsache anerkennen. Um nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, dürfen diese sich nicht nur an mittlerweile redundant gewordenen institutionellen Strukturen orientieren, sondern auch an den tatsächlichen Kräfteverhältnissen im Land.

Langfristig dient die jüngste Konflikteskalation als Warnung vor einer ausschließlich auf Sicherheitsaspekte fokussierten

Libyenpolitik. Eine solche befördert die Militarisierung des Landes zulasten partizipativer Strukturen. Die Folgen dieser Politik werden gerade auf dem Rücken der libyschen Bevölkerung ausgetragen.

ÜBER DIE AUTOREN

Merin Abbass leitet seit 2014 von Tunis aus das Libyen-Länderprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung. Darüber hinaus ist er verantwortlich für das regionale Gewerkschaftsprogramm des Referats Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika.

Jannis Grimm ist Libyen-Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Zuvor arbeitete er im Rahmen seiner politikwissenschaftlichen Promotion an der Freien Universität Berlin zu islamistischen Bewegungen in Nordafrika und der Türkei.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika | Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:

Dr. Ralf Hexel, Leiter

Referat Naher / Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: +49-30-269-35-7420 | Fax: +49-30-269-35-9233

<https://www.fes.de/referat-naher-mittlerer-osten-und-nordafrika/>

Bestellungen / Kontakt:

info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

WENN DIE WAFFEN SPRECHEN

Ursachen, Auslöser und Folgen des Bürgerkriegs in Libyen



Acht Jahre nach dem Sturz Muammar al-Ghaddafis erlebt Libyen seinen dritten Bürgerkrieg. Der Vormarsch des ehemaligen Generals Khalifa Haftar aus dem Osten des Landes auf Tripoli, den Sitz der international anerkannten Einheitsregierung (GNA), entlarvt den verbreiteten Eindruck einer graduellen Stabilisierung und baldigen Beilegung des seit Jahren schwelenden Konflikts als Trugbild.



Die Gewalteskalation offenbart den begrenzten Erfolg der internationalen Vermittlungsbemühungen unter dem Dach der Vereinten Nationen, die zuletzt von unilateralen Initiativen internationaler Akteure untergraben wurden. Sie belegt zudem den Vertrauensverlust in die Vereinten Nationen als neutralen Vermittler zwischen den verfeindeten Lagern. Die Einnahme von Tripoli durch die sogenannte »Libysche Nationale Armee« (LNA) des Generals scheiterte zwar zunächst an der massiven Gegenwehr verschiedener, vormals konkurrierender Milizen, die sich mit der GNA gegen die LNA verbündeten, die Gefahr eines langwierigen Kriegs ist jedoch ebenso wenig gebannt wie das Risiko einer Internationalisierung des Konflikts.



Externe Akteure wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten intervenierten zuletzt zunehmend aufseiten der LNA, um das politische Überleben ihres Verbündeten Haftar zu sichern. Um zu vermeiden, dass Libyen zum nächsten Schauplatz eines regionalen Stellvertreterkrieges wird, muss die internationale Gemeinschaft, allen voran Europa, auf die Einstellung externer Unterstützung für einzelne Konfliktparteien hinwirken. Perspektivisch kann die EU in Libyen indes nur dann eine konstruktive Mediatorenrolle übernehmen, wenn sich seine Mitgliedstaaten auf einen einheitlichen außenpolitischen Kurs in Libyen verständigen und Alleingänge zukünftig unterlassen.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

<https://www.fes.de/referat-naher-mittlerer-osten-und-nordafrika/>